



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

zu „Für ein solidarisches Europa“ (Drs. 19/152)

"Europa zukunftsgerecht und demokratisch gestalten"

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein profitiert auf vielen Ebenen von einem friedlichen, starken und geeinten Europa. Wir unterstützen den weiteren Integrationsprozess der Europäischen Union und setzen uns für eine demokratischere, sozialere und bürgernähere Union ein. Antieuropäischen Tendenzen werden wir aktiv entgegentreten.

Eine stärkere Akzeptanz der EU-Institutionen bei den Bürgerinnen und Bürgern ist ein wichtiger Beitrag zu einer starken und handlungsfähigen Union. Viele Menschen haben den Eindruck, dass Wirtschaftsfragen zu stark gewichtet und die Alltagssorgen der Bürgerinnen und Bürger zu wenig berücksichtigt werden. Der Landtag setzt sich dafür ein, dass die EU sozialer und bürgernäher wird er unterstützt dabei alle Maßnahmen, die diesen Prozess unterstützen.

Hierzu zählen insbesondere:

- Die Freizügigkeit von Bürgern, Waren und Dienstleistungen durch offene Grenzen in der EU zu gewährleisten.
- Die Europäische Bürgerinitiative als geeignetes Instrument der Bürgerbeteiligung zu unterstützen.
- Die Stärkung sozialer Rechte und der Abbau bürokratischer Hemmnisse voranzutreiben.
- Die Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene transparenter und verständlicher zu gestalten.
- Das Europäische Parlament durch Initiativrecht und einem einheitlichen Wahlrecht aufzuwerten.
- Die Fortschreibung der Arbeitnehmerberatung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Osteuropa sicherzustellen.

Der bevorstehende Brexit und die zügig fortschreitende Digitalisierung stellt die EU vor weitere neue Herausforderungen. Im Interesse von Schleswig-Holstein unterstützt dabei der Landtag die Bemühungen:

- Auf die Verabschiedung gemeinsamer Standards in den Bereichen technischer Regulierungen, Datenschutz und Datensicherheit sowie den Abbau von Hemmnissen für einen freien digitalen Waren- und Dienstleistungsverkehr hinzuwirken.
- Die negativen Auswirkungen des Brexits abzumildern. Die Verhandlungen transparent und unter Beteiligung des EU-Parlamentes sowie der nationalen Parlamente zu führen. Großbritannien als einen wichtigen Partner Schleswig-Holsteins zu behalten.

Die Landesregierung wird gebeten diese Zielsetzungen des Landtages auf allen Ebenen zu unterstützen und den Landtag bei wichtigen konkreten Handlungsschritten der Landesregierung zu informieren und einzubeziehen.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion